

Friedrich Dieckmann

VON DER LUST, DIE ABWESENDEN ZU VERTRETEN

Dem hundertjährigen Richard von Weizsäcker

Von der roten Fahne über dem Stuttgarter Schloß ist im Vorwort der Cajewitz-Stiftung die Rede, dem Ort, an dem Richard von Weizsäcker am 15. April 1920 als das vierte Kind des Korvettenkapitäns Ernst v. Weizsäcker und seiner Frau Marianne, einer geborenen v. Grävenitz, zur Welt kam. Der lakonische Hinweis bedarf der Erläuterung. Man könnte meinen, der ungewöhnliche Wohnort habe damit zu tun, daß der Großvater väterlicherseits bis zum Ende der württembergischen Monarchie der Ministerpräsident des Landes gewesen sei, aber nein: es war der Vater der Mutter, Fritz v. Grävenitz, seines Zeichens Generaladjutant des Königs von Württemberg, der in diesen Mansardenräumen seine Dienstwohnung hatte; in ihr hatte die nun sechsköpfige Familie des ausgemusterten Marineoffiziers einen Zufluchtsort gefunden. Aber woher die rote Fahne? Die deutsche Revolution, Ergebnis der jäh über das Deutsche Reich hereingebrochenen militärischen Niederlage, lag doch schon anderthalb Jahre zurück. Diese Fahne war das aufgepflanzte Siegeszeichen der deutschen Arbeiterschaft, die den Versuch einer monarchistischen Verschwörung zu Fall gebracht hatte, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Ein Generalstreik hatte diesem Putsch im März 1920 ein Ende gesetzt, und die Sieger hatten ihre Fahne auf einem Schloß gehisst, das nun der Republik gehörte.

An dieser Stelle halte ich inne und verweise auf Bücher, die die Geschichte der Weizsäcker und speziell dieses besonderen Weizäcker in einer Weise erzählen, die deutsche Geschichte anhand der Geschichte einer schwäbischen Familie bürgerlich-intellektuellen Gepräges sichtbar macht. Der Freiherrenstand war ihr erst in der Endphase der Monarchie zuteil geworden: Richards Großvater wurde er 1916 beim 25jährigen Thronjubiläum seines allseits beliebten Königs verliehen. Von Martin Wein stammt das Buch „Die Weizsäcker“, das die Schicksale von sieben Abkömmlingen dieser Familie beschreibt, zwei Theologen im 19. Jahrhundert und im späteren zwanzigsten dann den Physiker und Philosophen Carl Friedrich und den Politiker und Staatsmann Richard Karl. Wer sich speziell für den letzteren interessiert, der greife zu der großartigen Biographie, die Hermann Rudolph 2010 zu Weizäcker's 90. Geburtstag veröffentlicht hat; auf knapp dreihundert Seiten ist dessen Weg und Wirken hier mit

profunder Kenntnis und großer Anschaulichkeit vor das Auge des Lesers gebracht. Weizsäcker selbst in Reden und Handeln, aber auch Stimmen über ihn, Kommentare der Zeitgenossen, sind hier versammelt, Förderliches und Widerstrebendes aufgeführt, und wie von selbst entsteht ein Bild deutscher Geschichte am Leben eines Mannes, dem es mit Glück und Begabung, mit Geist und Charakter gelang, zu einem ihrer Repräsentanten zu werden.

Von diesem Buch geleitet, ist der Leser vorbereitet, Weizäckers eigene Bücher heranzuziehen, seine beiden Erinnerungsbände (sie sind 1997 und 2001 erschienen), aber auch dem Gesprächsband, mit dem er, auf Fragen zweier namhafter Journalisten antwortend, gegen Ende seiner zweiten Amtszeit Aufsehen erregte. Dazu das Buch, in dem er als 89-jähriger ein Resümee dessen zog, was ihn ein politisches Leben lang zentral beschäftigt hatte; es war eines Tages aus dem ganz Verstellten ins Mögliche und Wirkliche übergegangen: „Der Weg zur Einheit“.

Der Kultur ist hier ein besonderes Kapitel gewidmet, aber Kultur hat diesen Autor von jeher bewegt, als ein Lebenselixier in all ihren Bereichen. In der großen Rede über „Die Deutschen und ihre Identität“, die er in seinem ersten Amtsjahr als Bundespräsident der Rede zum 8. Mai 1945 folgen ließ, sind nicht nur zwei politische Grunddaten genannt: „Das erste ist unsere Westbindung. ... Das zweite Grunddatum ist unsere Zusammengehörigkeit mit den Deutschen in der DDR. Sie ist eine menschliche Lebensstatsache und eine politische Aufgabe.“ Zuvor ist hier von den Wurzeln des deutschen Nationalgefühls die Rede, die Kultur habe es „in erster Linie entstehen“ lassen: „Es ging nicht gleich um politische Ziele, es ging um geistige Eigenständigkeit.“ „Immer, wenn wir Deutsche Kultur ernst nahmen und unseren eigenen Weg der Kultur suchten“, fügt der Redner an, „waren wir nicht nur anderen willkommen, sondern wir taten uns auch selbst den besten Dienst“. „So auch heute“, fährt er fort: „Das ist keine Frontstellung gegen das technische Zeitalter. Erst recht ist es kein unpolitischer Weg. Kultur ist Lebensweise. Kultur ist daher auch Politik. Kultur, verstanden als Lebensweise, ist vielleicht die glaubwürdigste Politik. Sie ist es, die unsere Identität stärkt, und zwar gerade auch dort, wo uns staatliche und gesellschaftliche Systemgrenzen in unserem Selbstverständnis belasten oder trennen.“ Das war 1985 gen Westen wie gen Osten gesagt.

Kultur als politische Aufgabe ist das eine, Kultur als Lebensbedürfnis das andere. Bei Hermann Rudolph kann man lesen, wie Weizsäcker sich 1981 mit entschiedenem Zugriff – er hatte ein Volksbegehren für Neuwahlen auf den Weg gebracht – an die Spitze des

Westberliner Senats verkämpfte und welches Aufsehen es im westlichen Berlin erregte, als man den neuen CDU-Chef nicht nur in den Konzerten der Philharmoniker (er wurde später deren Ehrenmitglied), sondern auch in den Premieren der Schaubühne antreffen konnte, die vielen in seiner Partei als Ausgeburt linker Opposition verdächtig war. Zugleich ging er in diesen Jahren immer wieder auch in den Osten der Stadt, nicht nur zu kirchlichen Tagungen und Konferenzen, auf denen er als Ratsmitglied der Evangelischen Kirche Deutschlands Wort und Stimme hatte, sondern auch in die Opernhäuser und Schauspieltheater. „Man nahm uns am Grenzübergang streng und unbewegt das ‚Eintrittsgeld‘ nach Ost-Berlin ab“, erzählt er: „Als wir dann spät am Abend über denselben Übergang zurückfahren, fragte uns derselbe Grenzbeamte voller Freundlichkeit: ‚Na, war es denn schön in unserm Deutschen Theater?‘“

Es dauerte noch sieben Jahre bis zu jener andersartigen Begegnung an der innerberliner Grenze, die die Dreisektorenstadt von der Hauptstaat des deutschen Oststaates trennte. Dieses Rencontre begab sich drei Tage nach der Grenzöffnung des 9. November 1989, als der Präsident der deutschen Westrepublik bei einem Sonntagsspaziergang auf den Gedanken kam, über die Leerfläche des einstigen Potsdamer Platzes hinweg auf die Grenzwahe an der geöffneten, aber durchaus existenten Staatsgrenze der DDR zuzugehen. Herangetreten und von den Grenzern zuvor aus Ferngläsern identifiziert, wurde er von dem diensthabenden Oberstleutnant mit militärischer Ehrenbezeugung und den Worten empfangen: „Herr Bundespräsident, ich melde: keine besonderen Vorkommnisse.“

Der Bundespräsident, schreibt Hermann Rudolph, „sei in diesen Tagen vor allem wieder der Bürgermeister [geworden], der einmal die Stadt regiert hat, der Schüler, der hier aufgewachsen ist, der junge Mann, den sie bleibend geprägt hat“. Zugleich ist er derjenige westdeutsche Politiker, der durch seine engen und vielfältigen Beziehungen zur evangelischen Kirche tiefer als jeder andere seines Metiers Einblicke in die Lebenswirklichkeit des deutschen Oststaates und seiner Bewohner gewonnen hat. Auch Helmut Kohl war von Zeit zu Zeit als Privatmann in die DDR gefahren, doch habe er, sagte mir einmal Klaus von Bismarck, der langjährige WDR-Intendant und Präsident des Goethe-Instituts, eine Vorstellung von dem dortigen Leben vor allem aus den von ihm besuchten katholischen Gemeinden bezogen. Diese waren in ihrer staatlich garantierten Sonderexistenz schon wegen ihrer Kleinheit sehr viel weniger als die evangelischen in den oppositionellen Aufbruch einbezogen, der seit der Schlußakte von Helsinki, diesem gesamteuropäischen Friedensvertrag, der 1975 der Entspannungspolitik Willy Brandts

und Egon Bahrs gefolgt war, die Alleinherrschaft der SED angefochten und beunruhigt hatte. Als ich im Frühjahr 1990 Lothar de Maizière, den aus den Märzahlen hervorgegangenen neuen Ministerpräsidenten der DDR, einmal auf der Straße traf, sagte er mir mit einem Ausdruck von Resignation über Kohl: „Er hat keine Vorstellung davon, daß wir eine eigene Kultur haben.“ Das war dem Politiker aus dem linksrheinischen Oggersheim verborgen geblieben, genauer gesagt: er hatte es nicht wissen wollen. So ging er mit einem fatalen Defizit in einen Vereinigungsprozeß, dessen außenpolitische Seite er, den Schopf des Kairos beherzt ergreifend, mit Geschick und Energie dirigierte.

An jenem 12. November 1989, an dem ihm der Grenzzoffizier seine Ehrenbezeugung erwies, hatte Richard v. Weizsäcker zuvor an einem Gottesdienst in der Charlottenburger Gedächtniskirche teilgenommen, dessen Teilnehmer erstmals wieder aus beiden Teilen der Stadt gekommen waren. Gebeten, das Wort zu nehmen, berief er ein Apostelwort, das 1965 die Losung des ersten Kirchentags gewesen war, den er als Kirchentagspräsident geleitet hatte: „In der Freiheit bestehen“. „Allein sehet zu, daß ihr die Freiheit nicht mißbraucht, euch selbst zu leben. Sondern durch die Liebe diene einer dem andern“, endete das von ihm berufene Paulus-Wort aus dem Galaterbrief.¹ Das war, gen Westen gesprochen, eine Warnung vor jeglichem Triumphalismus. Jeder solle bereit sein, „mit offenen Herzen und Türen, aber nicht mit unserer Tür drüben ins Haus zu fallen“. Die Westmark könne und müsse „helfen, wo immer sie gebraucht wird“, aber sie dürfe „niemanden an die Wand drücken. ... Wir im Westen können und müssen lernen.“

Dieser in den Krisen und Katastrophen des 20. Jahrhunderts tieferfahrene und zugleich mit dem Irrealismus des westdeutschen DDR-Bildes wohlvertraute Mann sah in der Stunde der Erschütterung über das eingetretene politische Wunder alle Gefahren der Überstürzung des anstehenden Vereinigungsprozesses und machte sich bei einem Bundeskanzler, dem Machterhalt und Machtgewinn zentrale Kategorien waren, mit seinen Warnungen nicht eben beliebt; CDU-Kreise warfen ihm 1990 vor, eher die Position der Bonner Oppositionsparteien als die der regierenden CDU zu vertreten. Im DDR-Fernsehen sprach er im Dezember 1989 die denkwürdigen Sätze: „Wir sind eine

¹ Wer den Galaterbrief in der Lutherschen Übersetzung und in revidierten Ausgaben aufschlägt, wird bemerken, daß es sich um eine sinntreue freie Übersetzung handelt. Galater 5,1 lautet bei Luther 1545: „So bestehet nun in der Freiheit, damit uns Christus befreiet hat, und lasset euch nicht wiederum in das knechtische Joch fangen.“ Die vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland autorisierte Fassung von 1956 lautet: „Zur Freiheit hat uns Christus befreit! So stehet nun fest und lasset euch nicht wiederum in das knechtische Joch fangen!“ Galater 5,13 lautet bei Luther 1545 und ebenso in der Ausgabe von 1956: „Ihr aber, lieben Brüder, seid zur Freiheit berufen, allein sehet zu, daß ihr durch die Freiheit dem Fleisch nicht Raum gebet, sondern durch die Liebe diene einer dem andern.“

Nation, und was zusammengehört, wird zusammenwachsen. Aber es muß eben zusammenwachsen, nicht zusammenwuchern. Wir brauchen die Zeit.“ Aber die Geschichte hatte es eilig, und die DDR-Bevölkerung in Unkenntnis aufziehender Gefahren zu großen Teilen auch. Neunzehn Jahre später resümierte der einstige Bundespräsident im Blick auf die am 1. Juli 1990 vollzogene D-Mark-Einführung in der wirtschaftlich unvorbereiteten DDR mit einer Art von Resignation: „Bis heute gibt es Streit, ob diese Währungsentscheidung falsch oder richtig war. Am Ende landen wir freilich doch nur bei der immer neuen Erfahrung und Einsicht: Sie war unvermeidlich.“

Weniger als ein Jahr nach dem Rücktritt des Mannes, den er bei dessen Staatsbesuch im Bonn des Jahres 1987 am Arm gefasst und zu einem Spaziergang durch den Park seines Amtssitzes eingeladen hatte – von Erich Honecker ist die Rede –, kann Richard v. Weizsäcker in der Berliner Philharmonie die Hauptrede auf dem Staatsakt halten, der die um Mitternacht vom 2. zum 3. Oktober in Form eines Beitritts in Kraft getretene Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten besiegelt. Seine Worte beenden eine fünfundvierzig Jahre umfassende deutsche Nachkriegsgeschichte: „Wir haben jetzt einen Staat, den wir selbst nicht mehr als provisorisch ansehen und dessen Identität und Integrität von unseren Nachbarn nicht mehr bestritten wird. Am heutigen Tag findet die vereinte Nation ihren anerkannten Platz in Europa.“ Dies zu erreichen hatte es einer 2+4-Konferenz bedurft, auf der die Siegermächte des 2. Weltkriegs am 12. September 1990 in einem Moskauer Hotel die Vereinigung der beiden Staaten gegenüber deren Außenministern gegengezeichnet hatten. Das Ende der DDR hatte sich in Form jener völkerrechtlichen Anerkennung durch die Bundesrepublik vollzogen, die die CDU-Führung immer abgelehnt und die Honecker-SED immer gefordert hatte; die Anerkennung der Teilung war bis zu diesem letzten Akt die Voraussetzung ihrer Überwindung gewesen. Nicht um einen Friedensvertrag war es in Moskau gegangen, denn gegenüber den seit langem souverän gewordenen deutschen Teilstaaten hatte es keine Ansprüche der ehemaligen Kriegsgegner des Deutschen Reiches mehr gegeben, wohl aber um die Ablösung der immer noch bestehenden Vorbehaltsrechte der Vier Siegermächte, die im Juni 1945 den deutschen Staat per Dekret nicht aufgelöst, aber in eigene Regie genommen und gleichsam suspendiert hatten.

Weizäckers Rede ging auf diese 2+4-Konferenz nicht ein, die den von den Großen Vier einbehaltenen deutschen Gesamtstaat, Bismarcks bundesstaatliche Gründung von 1867, als das vereinigte Deutschland wiederhergestellt hatte. Er hob das historische Verdienst des Präsidenten Gorbatschow hervor und dankte Amerikanern, Franzosen

und Briten in einem Atem, zuvor aber den Bürgerbewegungen in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei für ihren Anteil an der glücklich vollzogenen Wende. Auch Jacques Delors, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, wird gedankt (er ist unter den Gästen), vor allem aber den Deutschen in der DDR für die im Herbst 1989 bekundete Entschiedenheit ihres Freiheitswillens. Seine Danksagungen sind umfassend und wohlartikuliert; wie stets in seinen Reden bekundet er sich Weizsäcker als Stilist von Graden, dem es gelingt, für das politisch Angemessene und Erforderliche das eigene Wort, den eigenen Ton zu finden, Diagnosen und Maßgaben mit dem Timbre des Persönlichen durchdringend, ohne sie zu verkomplizieren oder zu pathetisieren. Die intensive Arbeit, die im Bund mit hochqualifizierten Mitarbeitern und Beratern in alledem steckt, läßt sich nur ahnen; die Einfachheit der Formulierungen spottet der Mühsal ihrer Hervorbringung.

„Wir sind das Volk“, so der Redner, „– mit diesen vier einfachen und großen Worten wurde ein ganzes System erschüttert und zu Fall gebracht. In diesen Worten verkörperte sich der Wille der Menschen, das Gemeinwesen, die res publica, selbst in die Hand zu nehmen.“ Zuvor hat er im Blick auf die deutsche Teilung jedes ideologische Raisonement vermieden; seine Abneigung gegen Worte, die auf -ismus oder -istisch enden, ist fundamental. „Das Schicksal“, sagt er, habe uns „in den letzten vierzig Jahren geteilt“: „Es hat die einen begünstigt und die andern belastet. Aber es war und bleibt unser gemeinsames deutsches Schicksal.“ Zwei Jahre später wird der Redner sich voller Bestürzung zu einem Wort des Philosophen Habermas äußern, wonach die DDR-Geschichte nicht unsere – also die westdeutsche – Geschichte sei. „Zu der gemeinsamen Geschichte“, bescheidet Weizsäcker den bekannten Denker, „gehören doch auch die Kapitel, die man persönlich nicht mitgestaltet und miterlebt hat.“ Habermas' Haltung ist symptomatisch für einen großen, ja überwiegenden Teil der deutschen Linken, der sich in der zuvor von ihm bekämpften Republik so heimisch eingerichtet hat, daß ihm die deutsche Vereinigung Schrecknis und Verunsicherung bedeutet. Insoweit diese Stimmen Hast und Bemächtigungsgebärde bei dem auf einen Beitritt zugelaufenen Prozeß attackieren, ist Weizsäcker nicht nur auf ihrer Seite, sondern geht ihnen voran.

Hohes Lob findet nicht nur an diesem 3. Oktober 1990 die Arbeit der in der revolutionierten DDR auf den Plan getretenen Volksvertretungen. „In der Volkskammer“, sagt er, „übernahmen Menschen vorbereitungslos Verantwortungen, die größer nicht sein konnten. Man hat sie gelegentlich als Laienspieler bezeichnet. Soll das etwa ein Tadel sein? Sie haben über Fraktionsgrenzen hinweg mit Hingabe an den

schwierigsten Problemlösungen gearbeitet, ohne ein Ritual von Konfrontationen zwischen Parteien zu pflegen. ... Wenn Laien den Berufspolitikern so das Wasser reichen, ist es kein schlechtes Omen für die Demokratie.“ Zwei Jahre später wird Weizsäcker jener westdeutschen Parteiendemokratie, die die Protagonisten der Bürgerbewegung inzwischen fast schon vertrieben oder verschluckt hat, die Leviten lesen und Politiker als Generalisten kennzeichnen, die über Spezialkenntnisse nur auf dem Gebiet der Bekämpfung des politischen Gegners verfügen. „Wir leben in einer Demoskopiedemokratie“, charakterisiert er die deutsche Gegenwart des Jahres 1992. „Sie verführt die Parteien dazu, in die Gesellschaft hineinzuhorchen, dort die erkennbaren Wünsche zu ermitteln, daraus ein Programm zu machen, dieses dann in die Gesellschaft zurückzufunkeln und sich dafür durch das Mandat für die nächste Legislaturperiode belohnen zu lassen.“ Es handle sich „um einen Kreislauf, bei dem die politische Aufgabe der Führung und Konzeption zu kurz kommt. Es ist ein Zusammenspiel von Schwächen derer, die die Mandate suchen, und jener, die sie erteilen.“ Beschreibt er die Regierungsweise der Kanzlerin Merkel in wechselnden Koalitionen? Nein, er äußert sich im zwölften Jahr der Regierung Kohl, und dessen Reaktion ist mehr als *nonamused*.

Ein Bundespräsident, dessen Amtszeit sich dem Ende zuneigt, fordert in diesen Gesprächen die politische Klasse des ganzen Landes heraus. „Es ist eine Vorteilsaufteilung zwischen Politik und Gesellschaft“, befindet er. „In der Gesellschaft steht die Erhaltung materieller Vorteile im Vordergrund. Im politischen System dominiert die Kunst des Parteikampfs untereinander. Es geht ... um Wohlstandserhaltung gegen Machterhaltung. Dabei unterliegen beide Seiten der ständigen Versuchung, auf Kosten der Zukunft zu leben, um sich die Gegenwart zu erleichtern.“ Bei alledem sieht er eine Utopie besonderer Art am Werk: „Die Utopie des Status quo. Diese gehört in das Reich der Illusionen.“ Es sei „ein kümmerlicher Realismus, der die Augen vor der nüchternen Einsicht verschlüsse, daß wir Menschen immer wieder neue unerträgliche Zustände auf der Welt hervorbringen. ... Warum sollte der Realist im Utopisten zwar nicht seinen Konkurrenten, wohl aber seinen wahren Helfer erkennen?“

In Weizsäckers Rede am ersten Tag der deutschen Vereinigung ist die Kritik an einer Entwicklung, die die Parteien „zu einem ungeschriebenen sechsten Verfassungsorgan“ gemacht habe, das die fünf anderen zunehmend beherrsche, noch nicht sein Thema. Doch diese Rede läßt kaum ein Feld der Komplikationen aus, die sich schon im Vorfeld

der staatlichen Vereinigung gezeigt haben; sie stehen jener gesellschaftlichen Vereinigung im Wege, die erst noch zu leisten ist. Weizsäcker mahnt zur Vorsicht im Umgang mit den Staatssicherheitsakten. Auch Akten könnten lügen, und es gebe „politisch-ethische Verantwortlichkeit, die nicht geahndet werden kann“, denn „Schuld reicht weiter als Strafbarkeit“. „Im übrigen“, setzt er hinzu, „war manches, was nachträglich als Schuld erscheint, in Wirklichkeit ganz etwas anderes. Es war oft die Folge gewissenhafter Selbstprüfung unter schwerem äußeren Druck.“ Der Redner weiß, wovon er spricht; am Beispiel seines Vaters, des Hitler-Gegners, der unter Hitlers Außenminister Ribbentrop als höchster Beamter von dessen Behörde amtierte, hat er den Konflikt zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik von Grund auf kennengelernt. Er selbst, ein 27jähriger Jura-Student, der sechs Jahre lang Soldat an der Ostfront gewesen war, hatte den Vater in Nürnberg mit anderen gegen einen das Todesurteil fordernden amerikanischen Ankläger verteidigen helfen; eine Gefängnisstrafe, die bald revidiert und 1950 aufgehoben wurde, hatte am Ende gestanden.

Kunst und Künstler kommen in dieser Rede am 3. Oktober nur am Rande vor, mit einer Warnung vor nachträglichem ethischen Rigorismus. Weizsäcker sagt es nicht, aber er weiß nur zu gut, wie ein solcher Rigorismus oft zu nichts anderem dient, als eigenen Interessen den Weg zu bahnen. 1992 beschreiben seine Gesprächspartner, Gunter Hofmann und Werner A. Perger, die mediale Situation auf diesem Feld: „West-Intellektuelle erklären Ost-Intellektuellen, wie Intellektuelle sich hätten verhalten sollen und was wahre Kunst ist.“ Der Befragte stimmt ihrem Befremden zu: es wäre „natürlich gut, wenn es ihnen [den Künstlern und Intellektuellen] gelingen würde, uns normalen Menschen die Fähigkeit zum Differenzieren, einen Sinn für Maß und Gerechtigkeit näherzubringen“. Künstler, gibt er zu verstehen, von Berufs wegen Fachleute für Differenzierung, sollten diese doch auch außerhalb ihres Metiers bewähren können. Es sind Stellvertreterkriege, die hier geführt werden; hinter ihnen steht die tiefe Beunruhigung einer jüngeren westdeutschen Intellektuellengeneration, die die Vereinigung als einen Akt der Überrumpelung durch eine ihnen fremde Bevölkerung empfinden, als besorgniserregende Störung eines Gemeinwesens, das sich, die nationale Frage hinter sich lassend, auf den Weg zunehmender Perfektionierung und Internationalisierung begeben hat. Die deutsche Vereinigung ist vom Westen her das Werk jener Älteren, die aus Kindheit und Jugend Krieg und Zonenaufteilung noch als einschneidende Vorgänge in sich tragen.

In dem Buch von 2009, seinem letzten Wort zu allen diesen Fragen, bezieht Weizsäcker sich besonders auf die bildende Kunst, in der die emphatische Distanzierung einiger prominenter westdeutscher Maler von ihren östlichen Kollegen auch in der Berliner Akademie der Künste hohe Wellen geschlagen hatte. Er verweist auf „Eduard Beaucamp, den langjährigen Kunstkritiker der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung‘“, der von „den allertrübsten Kapiteln im Vereinigungsprozeß“ gesprochen habe. „In bedeutenden westdeutschen Museen seien kaum Werke aus der DDR zu finden. Man habe sie entweder nicht gesucht oder ins Depot verbannt. Steckt unsere Kunstszene noch im Kalten Krieg? Manchmal hört man diese besorgte Frage.“ Auch in einigen wichtigen Museen der östlichen Länder waren die in der DDR tätigen Maler von den neuen westdeutschen Direktoren ins Depot verbannt worden; in Dresden brandete noch 2018 eine Protestwelle gegen diese Diskriminierung im Namen eines neuen Kunstmaßes auf.

Nach dem Hinweis auf Eduard Beaucamp, den einsamen Streiter wider westliche Kunstüberheblichkeit, nennt Weizsäcker drei Maler der sogenannten Leipziger Schule, Mattheuer, Tübke und Heisig, und verweist darauf, daß er große Werke von ihnen in seinem Amtssitz im Schloß Bellevue ausgestellt habe. Nicht nur mit Worten, sondern auch nach den praktischen Möglichkeiten seines Amtes setzt er Gegenakzente gegenüber der Heftigkeit der Angriffe, die er in Medien aller Art wahrnimmt. Mit dem humorbegabten Understatement, das seine Force ist, tut er es auch im Gespräch. Bei einem der präsidentalen Empfänge, zu denen er immer wieder Künstler, Schriftsteller, Publizisten aus beiden Teilen des vereinigten Berlins einlädt, hörte ich ihn – an den Schmalseiten des Saals hingen zwei riesige Farbkissen von Gotthard Graubner – über die von einigen Westmedien geschürten Zerwürfnisse sagen, es sei wirklich merkwürdig, einige Westkünstler würden von ihren Ostkollegen behaupten, sie könnten nicht malen, während andere erklärten, sie seien schlechte Menschen; nur die Musiker seien von alledem erfreulich unberührt. Von Weizsäckers „unangestregter Präsenz“ spricht Hermann Rudolph in seiner Biographie und beschreibt die Verwunderung, die 1981 bei seinem Eintritt in die Westberliner Politik seine politischen Gegner – das war die SPD – ergriffen habe, als sie „erkennen mußten, wie jemand mit einem minimalen Aufwand eine optimale öffentliche Wirkung erzielen konnte“. Diese Wirkung erzielt Richard von Weizsäcker nun auch in dem sich unter Schmerzen zusammenfindenden Berlin, und der Volksmund bekräftigt die Popularität, die dieser auf eine ernsthafte Art leutselige Gentleman erworben hat, mit zwei lebenswürdigen Spitznamen. Sie lauten *Richie* und

Hauptling Silberlocke und geben geradezu eine Cordialität mit dem ebenso distinguierten wie gesprächsfähigen Staatsmann zu erkennen. Die indianische Komponente des zweiten Namens verweist auf das Exotische einer Erscheinung, in der Dominanz und Glanz eine unpräntöse Verbindung eingehen.

Wie Richard von Weizsäcker mit einem Minimum an Aufwand maximale Wirkung zu erzielen wußte, habe ich selbst einmal in dem nichtöffentlichen Rahmen eines Architekturwettbewerbs bemerken können, dessen Jury es oblag, einen der nach langen Debatten in die letzte Runde gekommenen Entwürfe für den Bau des Bundespräsidialamts im Umkreis des Schlosses Bellevue als den besten auszuwählen. Als Bauherr eines Gebäudes, das erst seinen Nachfolgern zugute kommen würde, war Weizsäcker zu einer Besichtigung der verbliebenen Entwürfe eingeladen worden und sollte den stimmberechtigten Fach- und Sachpreisrichtern (ich war unter die letzteren berufen worden) in aller Kürze seine Eindrücke schildern. Mit heiterer Objektivität und durch den Gestus positiver Beschreibung jeden Anschein einer Parteinahme vermeidend, charakterisierte er einen Entwurf nach dem andern. Richard Meier, der berühmte amerikanische Architekt, hatte sich als Jurymitglied für einen schmalen, langgestreckten Anbau an das klassizistische Schloß eingesetzt und konnte nun hören, wie praktisch es sein werde, wenn die Aktenwagen hier auf dem kürzesten Wege ihre Empfänger erreichen würden und wie man durch die gläsernen Wände die Tätigkeit des Amtes auch von außen werde in Augenschein nehmen können. Meiers Protegé, wer immer es war (die Entwürfe waren anonymisiert), hatte danach keine Chance mehr. Sieger – und bald darauf realisiert – wurde der Entwurf eines unbekanntes jungen Teams, das fernab von dem historischen Schloß einen elliptischen Baukörper mit bebautem Innenhof in den Park setzte; es war die beste und eigenartigste Lösung.

Wahrscheinlich haben wir es Weizsäcker auch zu verdanken, daß die von Richard Paulick, dem bedeutenden DDR-Architekten, in den frühen fünfziger Jahren wiederaufgebaute Staatsoper Unter den Linden nicht den denkmalschutzwidrigen Machenschaften einer Senatsbehörde zum Opfer fiel, die dem friderizianischen Bau im Zuge einer umfassenden Restaurierung einen Zuschauersaal von kontrastierender Trivialität hatte verpassen wollen. Eine Jury hatte den ausschreibungswidrigen Entwurf auf den ersten Platz gesetzt, im Osten und Westen der Stadt war Protest laut geworden, und im Bund mit wichtigen Mitstreitern gab ich im Verlag der Zeitschrift *Theater der Zeit* eine Bildbroschüre heraus, deren Beiträge dem Anschlag auf eins der wichtigsten Zeugnisse einer geschichtsbezogenen DDR-Architektur mit Gründen entgegentraten.

Diese Broschüre mag ihm, von wem immer, wohl gar von mir selber, an die Hand gegeben worden sein. Nach der Vollendung einer Restaurierung, die infolge hypertropher Technisierungen alle zeitlichen und finanziellen Maßgaben überschritten hatte, vermeldete die Tageszeitung „Die Welt“ zu meiner Überraschung, daß es ein Telefonat Weizsäcker mit seinem Freund Daniel Barenboim, dem Oberleiter der Oper, gewesen sei, das den letzteren dazu bewogen habe, von der Zerstörung der Paulickschen Innenarchitektur abzusehen. Barenboims Berufung Anfang der neunziger Jahre an die Spitze des 350 Jahre alten Hauses hatte in Weizsäcker einen so nachdrücklichen Befürworter gefunden, daß man sie allgemein als sein Werk ansah; sie bewahrte den Knobelsdorff-Bau, der zweimal dem Bombenkrieg zum Opfer gefallen war, vor der Gefahr, zum Kleinen Haus einer zwei Spielstätten umfassenden Opernintendanz zu werden. Auch die Staatskapelle, Berlins traditionsreichstes Orchester, war durch Barenboims Berufung in ihrem Rang bestätigt worden; sie wurde dauerhaft davor bewahrt, gegenüber den Philharmonikern ins zweite Glied zu treten.

Das kulturell wie politisch Sinnvolle nicht kraft Amtes, sondern vermöge eines weit ausstrahlenden Rufes zu befördern, zeichnete Richard von Weizsäcker's Wirken auch nach dem Ende seiner zehnjähriger Präsidentschaft aus; es machte ihn im In- und Ausland zum gefragten Ratgeber an allen Fronten des politischen Lebens. Es habe ihn, sagte er 1992 zu seinen Gesprächspartnern Hofmann und Pergen, „immer gereizt, dort, wo ich gerade einer Aufgabe nachzugehen hatte, den jeweils Abwesenden zu vertreten und einzubeziehen“. Das ist ein Satz, der es in sich hat; es liegt nahe, ihn als einen wahrhaft christlichen Satz zu empfinden. Der ihn spricht, sagt nicht, er habe es als eine Verpflichtung empfunden oder habe den Drang oder das Bedürfnis gehabt, er sagt: es habe ihn gereizt. Das Understatement ist vollkommen. Um so tragender ist der Gehalt. Er bestimmte ein politisches Wirken von fast fünf Jahrzehnten.

* * *

